

Breslauer Zeitung.



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Insektionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Seite in Petitchrift 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Aufserdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 405. Mittags-Ausgabe.

Siebenundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 31. August 1866.

Preußen.

Berlin, 30. Aug. [S. Majestät der Königl.] empfingen heute Vormittag den Vortrag des königlichen Militär-Cabinetts und den der Generale von Koon und Freiherrn von Moltke, den des Handelsministers Grafen von Hepenitz und den des Ministerpräsidenten Grafen von Bismarck; auch erhielten S. Majestät den Herrn von Münchhausen, von Schlegel und von Röhing aus Hannover eine Audienz. — Um 5 Uhr fand im königlichen Palais ein Diner von 20 Couverts statt.

[Bekanntmachung.] In Folge Allerhöchster Ermächtigungen vom 22. und 27. August d. J. werden hierdurch die für die Grenze von der Weichsel bei Thorn bis zur Grenze gegen das Königreich Sachsen bei Seidenberg und für den Zeitraum bis zum 1. October d. J. durch unsere Bekanntmachungen vom 21. Mai und 13. Juni d. J. erlassenen Verbote der Ausfuhr von Getreide, Heu, Stroh, Mühlenfabrikaten aus Getreide und Hülsenfrüchten, von gewöhnlichem Backwerk, sowie von Rind- und Schafwolle, ferner die durch unsere Bekanntmachung vom 12. Februar 1863 für die Grenze gegen Rußland und Polen bis auf Weiteres und durch unsere Bekanntmachung vom 21. Juni d. J. für sämtliche Grenzen der Monarchie und für den Zeitraum bis zum 1. October d. J. ergangenen Verbote der Ausfuhr und der Durchfuhr von Waffen und Kriegsmunition aller Art wieder aufgehoben.

Berlin, den 28. August 1866.

Der Finanz-Minister.

Der Minister des Innern.

(O. K. C.) [Der Budget-Commission des Abgeordnetenhaus] ist als Grundlage für die Ertheilung der Indemnität und des Credits von 154 Millionen für das laufende Jahr seitens der Staatsregierung eine Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben für die Jahre 1862—1865 und eine Uebersicht der Staatsausgaben, für welche die Bewilligung des Credits beantragt ist, mitgetheilt worden. Nach der ersteren betragen die Jst-Einnahmen in den Jahren 1862—65: 149,030,215 Thlr., 158,484,951 Thlr., 171,540,078 Thlr., 173,934,739 Thlr. Und die Ausgaben in denselben Jahren: 144,284,393 Thlr., 154,227,146 Thlr., 189,125,785 Thlr., 169,243,365 Thlr. Für das Kriegs-Ministerium befinden sich darunter 39,421,088 Thlr., 41,307,348 Thlr., 50,578,164 Thlr., 43,555,178 Thlr. (Bzgl. unsere Berliner ** Correspondenz im heutigen Morgenbl. D. Red.) — Für das laufende Jahr sind die Ausgaben auf 154 Millionen, also auf eine erheblich geringere Summe veranschlagt worden, als in den beiden letzten Vorjahren vorausgesehen worden ist. Die Position „X. Kriegsministerium“ ist für 1866 mit 42,761,979 Thlr. angelegt. Dieser zweiten Uebersicht liegt als Anlage ein Nachweis der Ausgaben bei, welche im Entwurfe zum Etat für 1866 in Ansatz gebracht sind, deren Verwendung aber ausgefällt ist. Ihre Gesamtsumme beträgt 3,237,199 Thlr., und es befinden sich darunter 866,400 Thlr. im Etat des Kriegs- u. Marine-Ministeriums, die theils zu den fortdauernden, theils zu den einmal, außerordentlich Ausgaben gehören. Ueberhaupt sind nicht zur Verwendung gelangt von den fortdauernden Ausgaben des Staatshaushaltsjahres 1866: 779,608 Thaler, von den einmaligen außerordentlichen 2,186,142 Thaler. Zu den letzteren gehören die zu größeren Bauten, Meliorationen u. s. w. bestimmten, deren Ausführung mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse unterbleiben mußte, aber nach dem Frieden wieder in Angriff genommen werden soll. Am Schlusse der Anlage befindet sich ein in Aussicht genommenes Ersparnis von 271,449 Thaler, das in folgender Weise motivirt wird: „Nach eingetretener Mobilmachung der Armees ist allgemein angeordnet worden, daß bei Verwendung der Ausgabefonds die größte Sparsamkeit zu beobachten, und jede nicht durchaus notwendige Ausgabe zu vermeiden ist.“

(O. K. C.) [Das erste Verzeichniß der bei dem Hause der Abgeordneten eingegangenen Petitionen] weist 149 Nummern auf, von denen 81 sich auf die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften beziehen und der besonderen Commission zugewiesen sind, die den vom Abg. Schulze (Berlin) eingebrachten bezüglichen Gesetzentwurf berät. Unter den 68 anderweitigen Petitionen, die an die verschiedenen Commissionen des Hauses verteilt worden sind, befinden sich nur zwei der freien Gemeinden zu Forst und Magdeburg, in denen um Verleihung der Rechte einer juristischen Person, Regelung der Civilstands-Register u. s. w. gebeten wird; ferner eine Petition militärschlichter Besitzer aus dem marienburgischen Werder, welche die Heranziehung der Mannen in diesem Feldzuge, bis das Gesetz die Frage ihrer Wehrpflichtigkeit geregelt hat, wenigstens zu solchen Dienstleistungen beantragt, die ihrem Dagma nicht entgegenstehen. Der Buchdruckereibesitzer, Redacteur und Herausgeber der „Sorauer Zeitung“, J. Fränkel zu Sorau, bittet die Regierung zu veranlassen, daß ihm die für Sorau nachgelassene Concession zum Verkauf von Zeitungen u. s. w. nach § 1 des Pressgesetzes ertheilt werde. Derselbe beschwert sich ferner über verweigerte Einleitung der strafrechtlichen Verfolgung des Staatsanwalts Schmiedes zu Sorau wegen Mißbrauchs seiner Amtsgewalt durch Beschlagnahme mehrerer Nummern der „Sorauer Zeitung“. — Der frühere Gutsbesitzer J. Ribbeck zu Posen schlägt als eine Ersparnis im Staatshaushalt vor, die Strafreiten für Vergehen und Verbrechen bedeutend abzukürzen, und wünscht eine Abänderung des Strafgesetzbuchs dahin, daß für gleiche Verbrechen auch gleiche Strafen von allen Gerichten bemessen werden müssen. — Der Chemiker J. Winkler in Berlin bepricht seine Forschungen über Uriaeden und Heilung der Cholera, des Typhus u. a. Epidemien, und beantragt ihm die Ausübung der ärztlichen Praxis, eventuell die Direction eines Lazareths für Kranke sogenannter epidemischer Seuchen zu gestatten, und ihm 300 Thaler zum Druck eines seiner Entdeckungen enthaltenden Manuscriptes zu gewähren.

(O. K. C.) [Die vereinigten Commissionen des Abgeordnetenhauses für Handel und Finanzen] beriethen in einer heute Vormittag 10 Uhr begonnenen Sitzung über den von der Staatsregierung vorgelegten Gesetzentwurf, betreffend die Einrichtung der Darlehnskassen. — Das Staatsministerium war vertreten durch den Finanzminister v. d. Heydt und den Geh. Rath Wollny.

Der Referent, Abg. v. Hennig, leitete die Discussion mit einem längeren Vortrage ein. Er gab zunächst eine Uebersicht über die Geschichte der Darlehnskassen des Jahres 1848, so wie der jetzigen. Darauf ging er auf den Umfang und die Operationen der neu eingerichteten Kassen bis zum 7. Aug. ein, woraus sich ergab, daß bis dahin auf Waaren und Papiere circa 10 1/2 Millionen Darlehen gewährt waren, auf Papiere aber mehr als die Hälfte dieser Summe; unter den Produkten und Waaren nahmen Holz und Getreide eine hervorragende Stelle ein; Wolle ist auffallenderweise und gegen alle Erwartung sehr wenig verpfändet worden, etwa 100,000 Ctr. Der Referent setzte sodann die rechtliche Seite der Frage auseinander und kam dabei zu dem Resultate, daß der Art. 63 der Verfassung die Regierung keineswegs ermächtigt, solche Finanzoperationen vorzunehmen, die, abgesehen von allen anderen Bedenken, eine Garantie des Staates enthalten. Er bestritt aber auch die Zweckmäßigkeit solcher Kassen, da sie nicht im Stande wären, den Nothstand zu beseitigen. Als Autoritäten für diese seine Behauptung führte er u. A. den früheren Finanzminister v. Patow, den verstorbenen General-Steuerdirector Kühne, sowie den gegenwärtigen Finanzminister selbst an, die sich alle im Princip gegen solche Kassen erklärt hätten. Er legte sodann sehr klar dar, daß besonders die Landwirthschaft sehr wenige directe Vortheile, um so mehr aber große und directe Nachteile, besonders in Verbindung mit der nur theilweisen Aufhebung der Buchergesetze, die ja für Hypotheken noch bestehen geblieben wären, erlitten hätte. — Er schlug deshalb als durchaus notwendig eine baldige Schließung der Darlehnskassen unter schneller Abwicklung der Geschäfte derselben vor, und stellte deshalb die Anträge:

- 1) Dem von der Regierung vorgelegten Gesetze über Errichtung der Darlehnskassen die verfassungsmäßige Genehmigung nicht zu ertheilen;
- 2) Der Staatsregierung aber für das ohne Genehmigung des Landtages ins Leben gerufene Institut Indemnität zu gewähren, aber nur unter der Bedingung der Annahme eines Gesetzes, wonach die Schließung der Kassen am 30. September auszusprechen und die Zurückziehung der Darlehnskassenscheine angeordnet wird; es sollte außerdem in dem Gesetze bestimmt werden, daß nach dem 30. Juni 1867 die Kassenscheine nur noch bei den Rückzahlungshauptkassen gewechselt werden sollten.

Der Finanzminister erklärte hierauf, daß ein großer Unterschied wäre zwischen der Zeit des Erlasses der betreffenden Verordnung und der gegen-

wärtigen. Damals habe man ein dringendes Verlangen nach der Abhilfe des großen Nothstandes gehabt. Er beklagte, daß die Regierung damals nicht in der Lage gewesen wäre, die Mitwirkung des Landtages in Anspruch zu nehmen, und vermehrt sich gegen die Voraussetzung, daß die Staatsregierung schon bei Schluß des Landtages an einen solchen Erlaß gedacht; der Entschluß sei vielmehr sehr schnell gekommen. Auch er müsse allerdings die Institution der Darlehnskassen für ganz abnorm erklären und könne nur bestätigen, daß er in seiner früheren amtlichen Thätigkeit öfter derartige Anträge abgelehnt habe. Er gestand auch ferner die großen Gefahren zu, welche die Maßregel bei länger dauerndem Kriege hätte hervorbringen können; die Regierung habe aber geglaubt, dem Nothstand auf diese Weise abhelfen zu können. Auch die Verfassungsmäßigkeit der Maßregel könne er nicht behaupten, müsse sich aber trotzdem gegen den Vorschlag des Referenten erklären, weil in der Zwischzeit von dem Augenblicke der Verwerfung durch das Abgeordnetenhaus bis zur Vollendung des neuen Gesetzes, die Scheine noch nicht gedeckt wären. Er verlangte deshalb, daß die Genehmigung der Verordnung trotzdem ertheilt werde.

Abg. Reichenheim sprach sich gegen die Ertheilung der Genehmigung aus, und widerlegte die angeführte Gefahr in Betreff der Kassenscheine in der Zwischenzeit; er verlangte vielmehr sofortige Schließung der Kassen, statt des vom Referenten vorgeschlagenen Termins vom 30. September. Er ging sodann noch näher auf die Wirksamkeit der Kassen ein, und wies aus dem sehr unbedeutenden Betrage, den von der Gesamtsumme die Fabrication z. B. die gesammte Weberei für Wolle, Baumwolle und Leinen in Anspruch genommen, nach, daß die Abhilfe nur eine sehr unbedeutende gewesen sei. Er erklärte schließlich, daß er Indemnität nicht nur in Form eines besonderen Gesetzes ertheilen könne.

Der Finanzminister erklärte sich mit dem letzten Vorschlage des Abg. Reichenheim einverstanden; mit Bezug auf die verlangte sofortige Schließung der Kassen bezieht er sich seine Aeußerung noch vor.

Abg. v. Jod sprach für Genehmigung des Gesetzes in Anerkennung des wirklich vorhandenen Nothstandes.

Abg. v. Bonin wünschte ebenfalls ein besonderes Gesetz für Ertheilung der Indemnität.

Abg. Dr. Löwe verlangte auf das Entschiedenste Nichtgenehmigung als Schuß für die Zukunft. Er will damit das Mittel, solche Kassen und damit Papiergeld zu schaffen, außer jedem Bereiche der Möglichkeit für die Regierung setzen.

Abg. Overweg führte aus seiner Erfahrung Fälle an, wonach die Darlehnskassen recht nützlich gewirkt hätten.

Der Finanzminister erklärte auf die Aeußerung des Abg. Löwe, daß man für die Zukunft schon dadurch gesichert sei, daß die Regierung selbst anerkenne, daß eine solche Verordnung auf Grund des Art. 63 der Verfassung nicht erlassen werden könne.

Der Referent, sowie die Abgg. Löwe und Michaelis repliciren hierauf, und bleiben bei dem Verlangen der Nichtgenehmigung als einzigen Schuß für die Zukunft stehen.

Abg. Michaelis ging noch näher auf die Gefahr ein, in welche unsere Valuten verhältnisse durch die Darlehnskassenscheine hätten kommen können. Abg. Hammacher stimmt den Vorrednern im Princip bei, beklagt aber die gute Wirkung der Kassen auf die westfälische Industrie, die Abg. Overweg schon angebeutet.

Der Regierungs-Comm. Rat, Geheimrath Wollny, machte auf die großen Schwierigkeiten und Nachteile für den Verkehr aufmerksam, die sich im Falle der Nichtgenehmigung herausstellen würden; er deutete aber einen Ausweg an, indem er eben vorschlug, die Nichtgenehmigung erst dann auszusprechen, wenn das Gesetz über die Schließung bereits publizirt sei.

Abg. Löwe sprach sodann seine Freude darüber aus, daß der Vertreter der Regierung diesen Ausweg angebeutet, und erklärte dem Finanzminister, daß er bei dem Schusse der Zukunft nicht bloß an die Regierung gedacht, sondern eben so sehr an die Begriffsverwirrung, die bei den Geschäftsleuten in Folge dieser Institution über Papiergeld und Staatshilfe durch Papiergeld kund gegeben. Diesen unverständigen Ansprüchen gegenüber will er die Staatsregierung schützen, und für das Publikum dieses Mittel außer den Bereich der Möglichkeit bringen.

Abg. v. Koeller sprach für Genehmigung, weil die Gefahr der Entwertung der Scheine in der Zwischenzeit zwischen der Nichtgenehmigung und dem neuen Gesetze sehr groß sei. Er fürchtete eine wahre Panik für die Geschäftswelt. Referent, Abg. v. Hennig, widerlegte jedoch diese Verärgerung und sprach sich auch gegen den Vorschlag des Regierungs-Comm. Rat's aus.

Von dem Abg. Hammacher wird ein Gesetzentwurf beantragt des Inhalts: Art. 1. Die Indemnität wird ertheilt. Art. 2. Die Ausrechterhaltung der nach der Verordnung bis jetzt errichteten Rechtsgeschäfte wird ausgesprochen. — Folgt alsdann der Gesetzentwurf des Referenten mit einigen Modificationen.

Von dem Abg. Krieger (Berlin) wird beantragt 1. einen Gesetzentwurf anzunehmen, dessen Art. 1 mit dem Art. 1 des Abg. Hammacher, Art. 2 und 3 mit dem Gesetzentwurf des Referenten übereinstimmt. 2. Die Verfassung über die verfassungsmäßige Genehmigung der Verordnung bis nach Publication des Gesetzentwurfs sub I auszusprechen.

Sämmtliche Anträge sollen noch im Laufe des Tages metallographirt werden.

Es entwickelte sich alsdann eine Discussion über die wohlthätige Wirkung der Darlehnskassen, an der sich der Finanzminister, die Abgg. Becker, Hammacher, Frank, Michaelis und v. Köller beteiligten. Alsdann wurde die Sitzung für unbestimmte Zeit vertagt, ohne daß die Generaldiscussion geschlossen wäre.

O. K. C. [Die Justiz-Commission] des Abgeordnetenhauses berieth in einer heute Vormittag stattgehabten Sitzung über die Verordnung, betr. die Einstellung des Civilproceß-Verfahrens gegen Militärpersonen. Als Vertreter der Staatsregierung wohnten der Sitzung bei, der Geh. Rath Bape für das Justizministerium und Herr v. Bornemann für das Kriegsministerium.

Es wurden bei der Berathung zwar mannichfache Bedenken gegen einzelne §§ des Gesetzes geäußert; die Commission glaubte jedoch bei dem transitorischen Charakter des Gesetzes davon absehen zu können, und beschloß, dem Hause die nachträgliche Genehmigung der Verordnung anzupfehlen. — Schließlich wurden noch verschiedene Petitionen erlesen.

O. K. C. [Auch die Gemeinde-Commission] des Abgeordnetenhauses hielt heute eine Sitzung und erlesigte mehrere Petitionen.

O. K. C. [Die nächste Sitzung des Herrenhauses] soll am Montag, den 3. September stattfinden. In derselben sollen die vom Abgeordnetenhaus herübergekommenen Sache erledigt werden.

Berlin, 30. Aug. [Die Verhandlungen mit Hessen-Darmstadt] sollen dadurch ins Stocken gerathen sein, daß Freiherr v. Dalwigk sich nicht einmal zur Abtretung des den Zusammenhang des preussischen Gebiets vollständig durchbrechenden Landstreifens um Biedentopf und des Amtes Meisenheim verlesen will. Der Großherzog schlug früher die ihm in Aussicht gestellte Entschädigung für Oberhessen durch baierisches Gebiet aus; jetzt will er selbst für jene geringen Abtretungen, die ihm schließlich noch angefallen werden, durch preussisches Gebiet entschädigt werden. Aber die Enclave Raueim, an die man etwa denken konnte, hat bereits gegen eine solche Verwendung protestirt; Niemand will in das Großherzogthum hinein, vielmehr erheben sich nicht nur in der Provinz Oberhessen zahlreiche Stimmen für die Einverleibung in Preußen, sondern auch die gewerbliche Stadt Offenbach südlich des Mains wird von der augsburger „Allg. Z.“ verurtheilt, daß sie, hierin dem nahen Frankfurt ganz unähnlich, diese Gelüste theile. Der darmstädter Hof steift sich bei seinen verderblichen Präntationen lediglich auf die Verwandtschaft mit dem russischen und englischen Herrscherhause; sein ganzes Vorgehen erneuert die skandalösesten Ueberlieferungen der deutschen Kleinherrenschaft, und die preussische Regierung würde sich ein besonderes Verdienst erwerben, wenn sie nachträglich noch die Ketten abstreife, die man ihr von Petersburg und London her an-

zulegen gesucht hat, und die ganze Provinz Oberhessen in das naturgemäße Verhältnis versetze.

[Auch der Troß anderer Kleinherren] wäre wohl endlich ohne weitere Umstände zu brechen. Die „Sp. Z.“ meldet: „Die Verhandlungen Preußens mit Meiningen scheinen zu keinem Resultate zu führen, da sich, wie man uns sagt, die herzogliche Regierung nicht dazu entschließen will, die für die Neuzustellung Deutschlands notwendigen persönlichen und sachlichen Garantien ihrerseits zu gewähren.“ Es ist nicht einzusehen, weshalb der sächsische Herzog Erich Freund, der sich stets als entschiedenster Feind Preußens bewährt und seiner Zeit sogar gegen die Militär-Convention mit Koburg-Gotha feierlichen Protest eingelegt hat, größere Rücksicht verdienen sollte, als der König von Hannover.

[Ansprüche Sachsens.] Wie man hört, sind neuerdings von Sachsen Ansprüche auf eine Sonderstellung im norddeutschen Bunde erhoben worden, welche die Friedens-Verhandlungen in die Ferne zu rücken scheinen.

[Der Thalerfuß.] Die „Bad. Volksz.“ berichtet: „Mit den Friedensverhandlungen in Berlin ist noch eine andere wichtige Sache abgemacht worden: es haben nämlich die Regierungen von Baiern, Württemberg und Baden ihre Bereitwilligkeit erklärt, als Landesmünze den bisherigen Vereinsthaler und überhaupt den Thalerfuß anzunehmen und durchzuführen. Dadurch entsteht in Deutschland einmal eine Münzeinheit und wir würden von dem Piratentribut befreit, den wir bisher für die Vermittelung der norddeutschen gegen süddeutsche Werthe bezahlten.“ — Man kann nur wünschen, daß diese Nachricht sich bestätigen möge. In den Friedensschlüssen selbst steht nichts davon, doch könnte diese Reform mit derjenigen der bisherigen Zollvereinsverträge verbunden werden.

[Nichtbestätigung.] Nachdem der Rittmeister a. D. und Fabrikbesitzer D. Hermann in Schönebeck bei Magdeburg, schon vor 1848 ansingend, eine lange Reihe von Jahren Vorsitzender der Stadtverordneten-Versammlung dieses Städtchens von 9—10,000 Seelen gewesen war, wurde derselbe 1860, für den verstorbenen Beigeordneten, auf 6 Jahre zu dieser Stelle gewählt und auch bestätigt. Jetzt auf's Neue gewählt, hat die Regierung zu Magdeburg, ohne Angabe aller Gründe, deren Anführung derselben auch sicherlich etwas schwer werden sollte, die Bestätigung verweigert.

[Gegen Hrn. Generalconsul Schramm] ist das Erkenntniß des hiesigen Stadtgerichts, welches ihn wegen öffentlicher Beleidigung des Stadtverordneten Roggen in Köln (durch die Brochüre über die Jubelfeier) zu 20 Thlr. Geldbuße oder 10 Tagen Gefängniß und in die Kosten verurtheilt, auch dem Beleidigten das Recht zugesprochen wird, den Tenor des Urtheils in dem Berliner Intelligenzblatt und einem zu Köln erscheinenden Blatte auf Schramm's Kosten zu veröffentlichen, rechtskräftig geworden.

Insterburg, 28. Aug. [Concessions-Entziehung.] Nachdem gegen den Buchdrucker Otto Hagen nun auch in 3. Instanz auf Concessions-Entziehung erkannt ist, wird nun der Buchdruckereibesitzer Wilhelm eine dreimal wöchentlich erscheinende „Insterburger Zeitung“ herausgeben.

Gumbinnen, 29. Aug. [Der bisherige Redacteur der „Preuß. Litt. Ztg.“, B. Stein.] hat die Redaction niedergelegt und unterzeichnet jetzt die Zeitung Max Boehme.

Deutschland.

Frankfurt, 29. August. [Druckereien. — Schießwaffen.] Gestern wurden die seit dem Einmarsch der Preußen in hiesige Stadt durch Militärcommando geschlossenen Druckereien der „Postzeitung“, des „Tageblattes“ und der „Neuen Frankf. Zeitung“ wieder geöffnet. Das „Tageblatt“ soll von kommenden Woche an wieder erscheinen. — Gestern Nachmittag wurden die Lehrer der hiesigen öffentlichen Schulen, welche nach den Beschlüssen des Senats und des gesetzgebenden Körpers Staatsdiener sind, von dem Civilcommissariat durch Handschlag in Pflicht genommen. — Die auf Befehl des preussischen Militärcommando's seiner Zeit dem hiesigen Schützenverein abgenommenen Schießwaffen sind jetzt wieder zurückgegeben worden, mit Ausnahme der mit Bajonetten versehenen Militärgewehre. (Fr. Z.)

Heilbronn, 27. August. [Excesse gegen preussische Soldaten.] Gestern hatten wir hier bedauerliche Excesse aus Anlaß des Erscheinens einzelner preussischer Militärs in unserer Stadt. Die „Neckar-Zeitung“ schreibt darüber: „Schon öfter bekamen wir aus der Umgegend Besuch von preussischen Militärpersonen, die unbehelligt sich die Stadt und Umgegend besahen. Gestern Nachmittag traf eine größere Anzahl, etwa 16 Mann, darunter mehrere Offiziere, mit vier Gefährten hier ein; diese besuchten die Umgegend und kehrten Abends in ihren Gasthof zurück. Unerwartet sammelte sich gegen 9 Uhr eine Masse Menschen, darunter namentlich junge Leute im Alter von 16 bis 18 Jahren, an, die sich durch Lärmen und Schreien bemerklich machten. Den ange strengtesten Bemühungen der Gendarmerie und Polizei gelang es erst gegen 10 Uhr, den Marktplatz zu säubern, wonach die Sache als beendet erschien. Die Gefährte wurden eingekerkert und abgeführt. Beim Salmertor aber hatte sich eine große Masse versammelt und warf mit Steinen nach den Fuhrwerken. Im Gasthof „zur Einde“, wohin sich ein Preuße zurückgezogen, wurden mehrere Fenster demolirt und an der Eisenbahnbrücke beim Hospital, wo es herangekam, die Fuhrwerke angehalten und kam es zu tumultuarischen Auftritten, wobei mehrfache Verwundungen vorgekommen sind. Der Gemeinderath hat sogleich eine gedruckte Ansprache und Warnung an die Einwohnerchaft erlassen.“

Wiesbaden, 28. Aug. [Demonstrationen gegen Preußen.] Der gestrige Einzug des bisher in Mainz stationirten nassauischen Detachements gab einem Theil der unteren Klassen Anlaß zu allerlei Ruhestörungen, die gegen Abend einen so demonstrativen Charakter gegen das preussische Militär annahmen, daß die Wachen verstärkt, Patrouillen abgesandt und verschiedene Straßentheile von dem dort unter Beschrei umherziehenden Volk säubert wurden. Am Michaelsberg sollen die Dragoner mit blanker Waffe eingebunden haben; doch sind keine Verwundungen bekannt geworden. — In Lorch wurde die auf dem Wisperthurm aufgestanzte preussische Fahne von ausgebeutetem Wolfe heruntergerissen und im Rofe geschleift. Das Städtchen hat darauf 400 Mann preussischer Landwehr zur Einquartierung erhalten. Lokalkundige bezeichnen bestimmte hervorragende Persönlichkeiten im Städtchen Lorch als die Anstifter zu jener That. (Fr. Z.)

Mainz, 28. August. [Ueber den Einzug der Preußen] in

Mainz enthält der „N. K.“ noch einen Bericht, dem wir folgende mehr ins Einzelne gehende Angaben entnehmen: „Der schönste Himmel begünstigte diese letzte bedeutungsvolle Episode des Krieges. Noch wehte von der Citadelle und den Kasernen die schwarz-roth-goldene Fahne und die rothweisse darmstädter Flagge, doch war schon am Landungsplatze der Dampfboote das schwarzweisse Banner aufgepflanzt. Während auf der einen Seite die Baiern und Oesterreicher abmarschirten, sammelten sich die preussischen Kolonnen vor den Thoren von Kastel an. Nach einem Feldgottesdienste öffneten sich um 11 Uhr die schweren Thorflügel vor dem bisherigen Gouverneur, der mit einer kleinen Suite, eskortirt von kurhessischen Dragonern dahergelitten kam, um dem Prinzen Waldemar von Schleswig-Holstein die Schlüssel der Festung zu überreichen. Darauf lehrte die Kavalkade in kurzem Trab nach Mainz zurück, und eine Viertelstunde später rückten die Preußen mit klingendem Spiele ein. Voran Prinz Waldemar mit einem glänzenden Stabe. Es verursachte eine eigenthümliche Empfindung, die sich in den Mienen jedes Einzelnen widerspiegelte, als von Kastel herüber der Klang der preussischen Trommeln und Pfeifen tönte und bald darauf die Schiffbrücke mit klingendem Bagonneen sich füllte. Die Thormache an der Brücke, aus Kurhessen bestehend, begrüßte die Preußen mit Hurrah und nahm dann das Gewehr bei Fuß. In dem Augenblicke, als der Prinz von Holstein durch das diesseitige Thor eintritt, fallen zugleich alle nichtpreussischen Fahnen. Einige preussische Damen waren ihren Landsleuten bis zum rheinischen Hofe entgegengefahren und warfen reichliche Blumenpenden, wofür Prinz Holstein mit dem Degen wiederholt grüßend dankte. Wahrhaft draufisch aber wurde die Scene, als die Älde der Preußen einen neben der Rheinstraße aufsaufahren endlosen Bahzug mit bairischer Artillerie und einzeln Reiten der österreichischen Regimenter Feß, Nobilit und Bernhard erreichte. Die Oesterreicher juchzten und winkten mit Händen, Mützen und Tüchern und riefen: Hurrah, ihr Kameraden, hoch die Preußen! Und von Seiten der Preußen antwortete es: Hoch die Oesterreicher! Die Baiern aber gaben ihrem Grolle gegen die Sieger durch allerhand Drohungen sprechenden Ausdruck.“

Dresden, 30. Aug. [Die Befestigungsarbeiten.] Wie dem „Dresd. Journ.“ mitgetheilt wird, sollen die Arbeiten zur Anlegung von weiteren Befestigungen (am rechten Ufer) morgen beginnen. Ob die Ausführung derselben nach dem ursprünglichen, oder — wie ein hiesiges Blatt bereits wissen will — nach einem modificirten Plane erfolgen wird, ist zur Zeit noch nicht bekannt.

Hannover, 27. August. [In Betreff der Eideleistungen.] hat der Civilcommissar folgende „provisorische Bestimmung“ getroffen: In allen Fällen, wo das Gesetz eine Vereidigung gegen den Landesherren erforderlich macht, sei es bei neuen Anstellungen oder der Aufnahme in den Unterthanenverband, oder in städtische Collegien oder andere Corporationen, soll von einer Vereidigung der betreffenden Persönlichkeiten so lange Abstand genommen werden, bis von Seiten des neuen Souveräns die definitive Besitzergreifung erfolgt ist und derselbe den Huldigungs Eid gegen seine Person fordert. Bei neuen Anstellungen tritt eine commissarische Befähigung ein mit der Aussicht, daß die feste Anstellung später erfolgen soll. Bei Aufnahme in städtische Corporationen wird nur der Bürgereid geleistet, die Ableistung des Huldigungseides bleibt einstweilen ausgefetzt. Das Ministerium hat das Erfordernisse bereits angeordnet. — König Georg hat sich am 25. d. von Wien nach Passau begeben.

Aus Mecklenburg, 30. August. [Landtag.] Das Regierungsblatt vom gestrigen Tage beruft die Ritter- und Landschaft als außerordentlichen Landtag auf den 25. September nach Schwerin. Das Ansprechen bezieht sich auf „die gegenwärtige politische Lage in Deutschland“ und benennt als caput proponentium: „Verathung über die Rückwirkung der politischen Ereignisse in Deutschland auf die innern Verhältnisse Mecklenburgs, insbesondere über das Wahlgesetz für das unter Führung Sr. Majestät des Königs von Preußen zu berufende deutsche Parlament.“ Das ist Alles, was man über diese wichtige Angelegenheit erfährt. (N. 3.)

Aus Nordschleswig, 27. August. [Keine Theilung Nordschleswigs.] Nachstehend veröffentlichten wir ein Schreiben des auf dem nordschleswigschen Kirchspiele Halk gehörigen Hofe Beierholm anständigen Bauernvogts Ehlert, also lautend: „In Folge einer Unterredung mit dem Präsidenten Freiherrn v. Zedlitz mache ich hierdurch im Auftrage desselben bekannt, daß keine Theilung oder Abtretung von Terrain südlich von der Stadt Christiansfeld zu beschließen ist. Es könne überhaupt von keiner Abtretung die Rede sein, es sei denn im Öroninglehnschen, welcher District in dem Besitze besonderer Vorrechte steht.“ (S. C.)

Italien.

Florenz, 25. August. [Zu den Friedensunterhandlungen.] General Menabrea, der die einleitenden Unterhandlungen in Paris glücklich zu Ende geführt, hat den Auftrag erhalten, thunlichst dahin zu wirken, daß der Friede noch vor dem 9. Sept. zum Abschlusse komme, an welchem Tage der Waffenstillstand mit Oesterreich abläuft. Es ist indeß bei den mannichfaltigen, noch zu regelnden Detail-Fragen zweifelhaft, ob dies möglich sein wird. Die venetianische Frage als solche ist gelöst, und zwar durch den Friedensvertrag zwischen Preußen und Oesterreich und durch den Vertrag Oesterreichs mit Frankreich; zum drittenmale endlich wird sie in dem von Menabrea abzuschließenden Friedensvertrage ihre Erledigung finden, und diesemale also durch eine directe Unterhandlung zwischen Oesterreich und Italien. Der Form nach wird also keine Rückabtretung von Seiten Frankreichs stattfinden, im Wesen aber wird allerdings Oesterreich die Provinz an Frankreich cedirt haben. Daß ein französischer Commissar nach Venetien gesandt werde, um die Festungen aus den Händen der Oesterreicher zu übernehmen und die allgemeine Abtretung zu organisiren, wird von beachtenswerther Seite versichert. Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so würde diese ostensible Gemischnng Frankreichs von der öffentlichen Meinung zwar übel vermerkt werden, jedoch nicht mehr die Aufregung hervorrufen, welche vor einigen Wochen die wahrscheinliche Folge gewesen sein würde. Ueberhaupt ist man hinsichtlich der Formen etwas lazer geworden und hält sich mehr an die Sache. Ricafoli selbst hat seine frühere Starrheit zum Theil aufgegeben und sich durch Visconti-Venosta überzeugen lassen, daß Italien vor allen Dingen und so schnell als möglich Frieden bedürfe. Eine Kriegspartei existirt nur noch auf dem Papier, nämlich in der Presse der alten Actions-Partei. (K. 3.)

Frankreich.

* Paris, 28. Aug. [Vom Hofe.] Heute wird behauptet, der Kaiser werde gar nicht nach Biarritz gehen, sondern während der Zeit, welche die Kaiserin dort zubringt, seinen Aufenthalt in Fontainebleau nehmen. [Zur mericanischen Frage.] Aus Mexico, schreibt man der „N. N. Ztg.“, kommen uns Nachrichten zu, welche nicht geeignet sind, unüberlegten Unternehmungen das Wort zu reden, und es ändert nichts an der Sache, ob die Unüberlegtheit lediglich Sache des Fürsten ist, oder ob die öffentliche Meinung ihn dazu anzuspornen scheint. Sie wissen, daß die amerikanische Regierung die Blokade von Matamoros nicht anerkannt hat, und trotz der Anwesenheit einer französischen Kre-

gatte in den Gewässern von Rio Grande sind zwei amerikanische Kriegsschiffe dahin abgeleitet worden, mit dem Auftrage, sich an die Blokade nicht zu kehren, vielmehr dagegen zu protestiren. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Frankreich jedem Conflict sorgsam aus dem Wege gehen wird. Herr Rouher und Herr Drouyn de Lhuys, die sonst selten einer Ansicht find, haben, und zwar mit Billigung des Kaisers, auf das Entschiedenste erklärt, daß, wenn Mexico nicht auf eigenen Füßen stehen könne, Frankreich nicht den Willen und auch nicht die Macht habe, es zu halten. Die Verprechungen, die man angeblich der Kaiserin Charlotte gemacht haben soll und welche diese hohe Frau ermutigen würden, nach Mexico zurückzukehren, diese Verprechungen können sich nur auf eine nichtamtliche Unterstüzung erstrecken. Die französische Politik wird sich in Zukunft und von der Zeit ab, wo die Abberufung der französischen Truppen zu beginnen hat, nicht mehr mit Mexico's Zukunft identifiziren. Die Gesinnung Frankreichs und die Haltung des gesetzgebenden Körpers verbiete das, um von Amerika nicht zu sprechen. Mit der Abberufung der Truppen und der Regelung des Schicksals der französischen Gläubiger Mexico's hat die amtliche Rolle Frankreichs ein Ende.

Russland.

St. Petersburg, 30. Aug. [Beziehungen zu Nordamerika.] Bei dem von dem Czaren und seiner Gemahlin zu Ehren der amerikanischen Deputation gegebenen Festdiner brachte der Czar in warmen Worten einen Toast auf das Gedeihen und die Macht-Entwicklung der Vereinigten Staaten und auf die Consolidation der freundschaftlichen Beziehungen beider Reiche. Die Regierung hat einer unter dem Namen „Güterwerb des westlichen Gouvernements“ gebildeten Actien-Gesellschaft die Genehmigung erteilt und sich selbst mit fünf Millionen dabei betheiligt. (B. B. 3.)

Breslau, 31. Aug. [Polizeiliches.] Gestohlen wurden: Matthiasstraße Nr. 12 aus unversicherten Pferdealle ein schwarzer Puffelrock mit schwarzem Luchtfutter, im Werthe von 4 Thalern; auf der Gausseetrede von Reichthum als Lichansch aus einem Frachtwagen eine grün- und rothgestreifte Reisetasche mit Stahlbügel; in derselben befanden sich 4 Mannsbüchsen, 4 Paar weiße Soden, 4 weiße Handtücher, 1 weiße Serviette, ein weißes Taschentuch, drei bunte Taschentücher, sämtliche Gegenstände gezeichnet C. H. sowie ein Stück Seife, 3 Bld. Kaffee, 4 1/2 Elle schottischen Kleiderstoff, 1 Roth weiße Baumwolle, eine braune Wulstweste und 5 Pfund Apollonkerzen; ferner ein Weinwandtäschchen mit verschiedener Waſche, eine Pappschachtel mit diverser Herrenwaſche, und eine braunlederne Damentasche; in letzterer befand sich eine Kasse von gelb und schwarz gemustertem Kattun, 2 Paarrollen (dunkelblau), drei Lampen-Cylinder, 1/2 Elle schwarz und weißfarbter wollener Stoff und eine gläserne Krawatte mit Gummi. Angelommen: Gräfin Sierstorff aus Puschine. Gräfin Hagfeld aus Berlin.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with columns: Barometerstand bei 0 Grd., in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur, Windrichtung und Stärke, Wetter. Data for Breslau, 30. Aug. 10 U. Ab. and 31. Aug. 6 U. Morg.

Breslau 31 Aug. [Wasserstand.] D. B. 13 F. 3.3. U. B. — F. 4.3.

Telegraphische Depeschen.

Athen, 25. August. Die Pforte concentrirt Truppen an den griechischen Grenzprovinzen. Der Statthalter Mahmud-Pascha ist in einer Specialcommission nach Candia gegangen, um mit den Aufständischen zu verhandeln, nöthigenfalls Waffengewalt anzuwenden. Truppen zur Verstärkung der Garnison Candia's sind in Bereitschaft. (Wolff's L. B.)

Wien, 30. August. Der Austausch der Ratifikationen des österreichisch-preussischen Friedensvertrages hat heute in Prag stattgefunden. Die offizielle Veröffentlichung des Friedensvertrages erfolgt künftigen Sonnabend auf beiden Seiten. (Wolff's L. B.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 30 August, Nachmittags 3 Uhr. Die Börse war bei wenig fester Haltung unbeelegt. Die 3% Rente die zu 69, 60 begonnen, wich schließlich auf Notiz. Consols von Mittags 10 Uhr waren: 89 1/2, Rente 55, 30. Spro. Spanier 3proc. Rente 69, 55. Italien. Sproc. Rente 55, 30. Sproc. Spanier 3proc. Rente 69, 55. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 357, 50. Credit-Mobilier-Aktien 662, 50. Lombard. Eisenbahn-Aktien 405, 00. Oesterr. Anleihe von 1865 pr. opt. 305, 00.

Paris, 30. August, Nachmittags. [Bantauausweis.] Vermehrt: Baarvorrath um 1 Portefeuille um 19, Notenumlauf um 12 1/2, Guthaben des Schatzes um 10 1/2 Mill. Francs. Vermindert: laufende Rechnungen der Privatven um 4 Mill. Francs. Die Vorschüsse auf Wertpapiere sind ungerändert geblieben. London, 30. August, Mittags. Consols eröffneten 89 1/2, Mexikaner 15%, Amerikaner 72 1/2. Frankfurt a. M., 30. August, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Schluss-Course: Wiener Wechsel 90%. Finnl. Anleihe —. Neue 4 1/2% Finnl. Bantbriefe —. 6% B-rein, Sr-Anl. pr. 1882 75%. Oesterr. Bantbriefe 665. Oesterr. Credit-Aktien 141. Darmst. Bant-Aktien 206 B. Oesterr. Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien —. Oesterr. Elisabethbahn —. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahabahn —. Ludwigshafen-Verpach 148 1/2 B. Heftische Ludwigsbahn —. Darmst. Zettelbant —. 1854er Loose 57 B. 1860er Loose 62 1/2. 1864er Loose 65 1/2 B. Oesterr. National-Anleihe 51 1/2. 5% Metalliques 45 1/2. 4 1/2% Metalliques 40 1/2 B. — Sehr lebhaft, günstige Stimmung. Heftische Ludwigsbahn 127 B. Nach Schluss die Börse matter. Credit-Aktien 140 1/2, 1860er Loose 62 1/2, Amerikaner 75 1/2, sehr fest.

Wien, 30. August, Nachm. 2 Uhr. (Directe Markt.) (Schlusscourse.) 5% Metalliques 61, 25. National-Anleihen 67, 50. 1860er Loose 79, 70. 1864er Loose 71, 80. Credit-Aktien 157, 10. Nordbahn 164, 50. Galizier 204, 75. Böhmische Westbahn 153, 00. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 186, 00. Lombardische Eisenbahn 208, 00. London 130, 50. Kassenscheine 194, 00. Wien, 30. August. [Abend-Börse.] matt. Credit-Aktien 156, 80. Nordbahn 164, —. 1860er Loose 79, 80. 1864er Loose 71, 70. Oesterr. reichthich-Französi. Staatsbahn 185, 50. New-York, 29 Aug., Abends. Wechselkurs auf London 156 1/2, Goldagio 48 1/2, Bonds 113 1/2, Baumwolle 34. Hamburg, 30. August, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Fonds fest und lebhafter. — Schluss-Course: National-Anleihe 51 1/2, Oesterr. Credit-Aktien 58 1/2, Oesterr. 1860er Loose 60, Mexikaner —. Vereinsbank 108. Nordb. Bant 117 1/2, Rheinische 117. Nordbahn 68. Finnländ. Anleihe —. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 78 1/2. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 76. Sprot. Verein-Staaten-Anleihe pr. 1882 68 1/2, Disconto 3% pCt. Wien —. Petersburg —.

Hamburg, 30. August. [Getreidemarkt.] Weizen ab auswärtig geschäftlos, nominell, pr. Octbr.-Noobr. 5400 Pfd. netto 117 Bancovaler Br. 116 1/2 Gld. Roggen pr. Septbr.-Octr. 5000 Pfd. Brutto 70 Br., 69 1/2 Gld. Dei matter, pr. August 26, pr. Octbr. 26 1/2 — 26, pr. Mai 26 1/2. Kaffee rubig, Zint 500 Ctr. pr. Sept.-Octr. 13 M. 11 Sch., — Wetter veränderlich. Liverpool, 30. August, Mittags. Baumwolle: 10,000—12,000 Ballen Umsat. Middling amerikanische 13 1/2, middling Orleans 14, fair Dhollerah 10, good middling fair Dhollerah 8 1/2, middling Dhollerah 8 1/2, Wengal 7 1/2—7 1/2.

Breslauer Börse vom 31. August. [Schluss-Course.] 1 Uhr Nachmittags. Russisch Papiergeld 74 1/2 — 74 1/2 bez. Oesterr. Bantnoten 78 — 77 1/2 bez. Schlei. Rentenbriefe 92 1/2 — 1/2 bez. u. Gd. Schlei. Pfandbriefe 88 bez. Oesterr. Nationalanleihe 52 1/2 bez. Freiburger 136 Br. Heiße-Briege —. Oesterr. Lit. A. u. C. 168 bez. Wilhelmshafen 51 1/2 Br. Dornow. Zarnowitzer 75 1/2 bez. u. Gd. Oesterr. Creditbant-Aktien 59 1/2 Gd. Schlei. Bant-Verein 112 Br. 1860er Loose 61 1/2 Gd. Amerikaner 7 1/2 — 1/2 bez. Warschau-Wiener 58 1/2 bez. u. Br. Minerva 34 1/2 Gd.

Table: Breslau, 31. August. Preise der Cerealien. Weizen, weißer 80-85 75 66-70 Roggen, neuer 52-53 51 48-50 etc. gelber, alter 77-80 74 68-72 Gerste etc. etc.

Berliner Börse vom 30. August 1866.

Table: Fonda- und Geld-Course. Staats-Anl. von 1859/60, 1860/61, 1861/62, etc. Eisenbahn-Stamm-Aktionen. Aachen-Matrich, Amsterdam-Rott., Berg-Markische, Berlin-Anhalt, Berlin-Görlitz, etc.

Bank- und Industrie-Papiere.

Table: Bank- und Industrie-Papiere. Berl. Kassenv., Braunschw. B., Bremer Bank, Danziger Bank, Darmst. Zettelb., Geraer Bank, etc.

Wechsel-Course.

Table: Wechsel-Course. Amsterdam 250 Fl., London 100 L., Leipzig 100 Thlr., etc.

Berlin, 30. Aug. Weizen loco 50-74 Zbr. nach Qualität, bunter poln. 63 Zbr. ab Bahn bez., Vierterung pro Aug.-Sept. 64 Zbr. Br., Sept.-Octr. 63 Zbr. bez., Octr.-Nov. 63 Zbr. Br., April-Mai 63 Zbr. bez. — Roggen loco 80-81 1/2 Zbr. ab Bahn bez., Roggen loco 82-83 1/2, 46 1/2 Zbr., exquirit 47 Zbr. ab Bahn bez., pro Aug. 45 1/2-45 Zbr. bez., Aug.-Sept. 45 1/2-44 1/2 Zbr. bez., Sept.-Octr. 45 1/2-44 1/2 Zbr. bez., Octr.-Nov. 45 1/2 Zbr. Br., Octr.-Nov. 41 1/2-1/2 Zbr. bez. und Gld., 1/2 Zbr. Br., Nov.-Dez. 41 1/2-1/2 Zbr. bez. und Gld., 1/2 Zbr. Br., Frühj. 44-44 1/2 Zbr. bez. — Gerste grobe und kleine 38-44 Zbr. pro 1750 Pfd. — Hafet — 23 27 Zbr., schlei. 24 1/2-25 Zbr. bez., Aug. 24 1/2 Zbr. bez., Aug.-Sept. 24 1/2-23 1/2 Zbr. bez., Sept.-Octr. 23 1/2-1/2 Zbr. bez., Octr.-Nov. 23 1/2-1/2 Zbr. bez., Nov.-Dez. 23 1/2 Zbr. bez., Frühjahr 24 1/2 Zbr. bez. — Erbſen, Roth- und Futterwaare 50-54 Zbr. — Winteraps 80-90 Gld. — Wintererbsen 78-86 Zbr., loco schlei. 84 Zbr. bez. — Rüböl loco 12 1/2, 1/2 Zbr. bez., Aug. 12 1/2-1/2 Zbr. bez., Aug.-Sept. 12 1/2 Zbr. bez. und Br., Sept.-Octr. 12 1/2-1/2 Zbr. bez. und Br., Octr.-Nov. und Nov.-Dez. 12 1/2 Zbr. Br. — Leinöl loco 14 1/2 Zbr. — Spiritus loco ohne Faß 14 1/2, 1/2 Zbr. bez., Aug.-Sept. und Sept.-Octr. 14 1/2-1/2 Zbr. bez. und Gld., 1/2 Zbr. Br., Octr.-Nov. 14 1/2-1/2 Zbr. bez. und Gld., 1/2 Zbr. Br., Nov.-Dez. 14 1/2-1/2 Zbr. bez. u. Gld., 1/2 Zbr. Br.

Weizen loco still, Termine matt. Von Roggen in effectiver Waare waren die Anerbietungen reichlicher und machte sich der Abſatz hierin recht schwerfällig. Unter dem Eindruck einer glühenden Rindigung und lauer auswärtsiger Berichte vertehrten Termine in lauer Haltung, namentlich wurde der laufende Monat durch umfangreiche Realisationen am meisten hieron berührt und der Depot vollständig geschwunden ist. Die übrigen Sichten konnte man ebenfalls billiger kaufen, aber auch hierfür Abgeber zahlreich vertreten waren. Oct. 8000 Ctr.

Hafet loco und Termine lau. Oct. 600 Ctr. Für Rüböl bestand eine matte Stimmung, jedoch haben sich Preise gegen gestern nur wenig verändert. Der Umsat hierin war höchst unbedeutend. Auf Spiritus wirkten die umfangreichen Anmeldungen depressirend auf die Preise und betrug der Preisabſchlag gegen gestern reichlich 1/2 Zbr. Oct. 100,000 Ctr.

Breslau, 31. August. Wind: Süd-West. Wetter: angenehm. Thermomet r Früh 12 Grad Wärme. Bei ruhigem Geschäftsverkehr blieben Preise am heutigen Markte ohne Aenderung. Weizen ſchwach beſachtet, pr. 85 Pfd. ſchleſcher weißer 63-86 Sgr., gelber alter 68-82 Sgr., feinste Sorte 2-3 Sgr. über Notiz beſachtet, gelber neuer 70-76 Sgr., ausgewachsener und blauer 60-65 Sgr. — Roggen beſachtet, pr. 24 Pfd. neuer 48-53 Sgr., alter 53-56 Sgr., feinste Sorte über Notiz beſachtet. — Gerſte vernachläſſigt, pr. 74 Pfd. weiße 44-45 Sgr., helle und gelbe 38-42 Sgr. — Hafet wenig beſachtet, pr. 50 Pfd. 24-29 Sgr., feinster über Notiz beſachtet. — Roth-Erbſen rubiger. — Weiden ohne Handel. — Delſaaten wenig beſachtet. — Lupinen ohne Handel. — Schleſiſche Bohnen wenig beſachtet, pr. 90 Pfd. 115-125 Sgr., feinste Sorten über Notiz beſachtet. — Schlaglein ohne Handel. — Kapſtuchen beſachtet, 42-44 Sgr. pr. Ctr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.